



KRISTINA VAN DEUVERDEN

EU-Finanzen: viel Status Quo – wenig Zukunft

Kristina van Deuverden, Referentin im Vorstandsbereich des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Am 2. Mai hat Haushaltskommissar Günther Oettinger die Vorstellungen der Europäischen Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union (EU) in den Jahren 2021 bis 2027 vorgelegt. Dies ist das erste Zahlenwerk für eine Zeit nach dem Ausscheiden des Nettozahlers Großbritannien. Es ist zudem die erste Planung für eine Periode, in der sich die EU internationalen Herausforderungen stellen muss, bei denen es nicht nur um eine gemeinsame Handelspolitik in Zeiten zunehmenden Protektionismus geht, sondern auch um eine gemeinsame Sicherheitspolitik vor dem Hintergrund zunehmender militärischer Konflikte und um eine gemeinsame Migrationspolitik angesichts vermehrt auftretender wirtschaftlicher und humaner Katastrophen. Und es ist der erste Finanzrahmen für eine Zeit, in der dringend notwendige Reformen – insbesondere für den Euroraum – umgesetzt werden müssen, auch um endlich anderthalb Jahrzehnte nach Ausbruch der Staatsschuldenkrise mit dieser abschließen zu können. Kurz: Es geht um nicht mehr, als die EU zukunftsgerichtet aufzustellen.

Ein mutiger Entwurf, der diesen Aspekten Rechnung trägt, wäre wünschenswert gewesen. Der neue Mehrjährige Finanzrahmen orientiert sich hingegen am Status quo. Zwar werden die Ausgaben für Sicherheits- oder Migrationspolitik erhöht und die Mittel für Investitionen in Beton und Köpfe oder für Strukturpolitik nehmen zu, aber nur begrenzt, denn der Mut fehlt, tradierte Ausgaben in Frage zu stellen und zurückzuführen. Die Ausgaben für den Agrarsektor, in dem europaweit anderthalb Prozent der Bruttowertschöpfung erbracht wird, nehmen noch immer weit über 30 Prozent des EU-Budgets in Anspruch. Zwar sollen sie in der kommenden Finanzperiode auch weiterhin nur unterproportional steigen, aber etwas stärker als im geltenden Finanzrahmen. Dass ihr Anteil im neuen Finanzrahmen spürbar zurückgeht, liegt vor allem daran, dass andere Ausgaben kräftig zulegen.

Im geltenden Finanzrahmen sind die Ausgaben auf 1,03 Prozent des Bruttonationaleinkommens begrenzt; ohne Großbritannien liegt die Ausgabenlinie bei 1,1 Prozent – an genau dieser hält die Kommission fest. Die von den Mitgliedstaaten zu leistenden

Beiträge steigen entsprechend. Da die – wenigen – Ausgabenkürzungen die reicheren Länder überproportional treffen, dürfte die Schieflage von Nettozahlern und Nettoempfängern nach den vorliegenden Planungen weiter zunehmen. Und es sind diese Salden, auf die die Mitgliedländer schauen, denn für diese Zahlen müssen sich die PolitikerInnen zu Hause verantworten. Dass die Salden in keiner Weise widerspiegeln, wie stark ein Land von der EU und der gemeinsamen Politik profitiert – Deutschland mit seiner offenen Wirtschaft möglicherweise stärker als jedes andere Land – tritt dabei in den Hintergrund, da es hierfür keine Statistik gibt.

Die Kommission sieht eine Lösung darin, sich neue, eigene Finanzquellen zu erschließen, die dann nicht mehr so einfach zugerechnet werden können. Das könnte helfen, erfordert aber weitergehende Reformen. Eine Behörde darf nicht die Hoheit bekommen, Steuern zu erheben, wenn sie sich dafür nicht direkt bei den WählerInnen verantworten muss. Dass eine Organisation stets die Tendenz hat, sich auszudehnen, hat die Theorie lange bewiesen. Der vorgelegte Vorschlag zeigt dies in der Empirie: Die Ausgaben steigen kräftig, die Struktur wird nur wenig angepasst und viel Geld fließt in Rückwärtsgewandtes; außerdem legen die Beiträge zu.

Der Reformbedarf ist viel höher als eingangs skizziert. Ohne Schritte in Richtung einer politischen Union kommen wir nicht weiter. Gewählte Kommissare würden mehr auf das Gemeininteresse achten und die Fiskalpolitik wäre vermutlich stärker auf eine Verringerung der immer noch großen Wachstumsdivergenzen ausgerichtet und darauf, die europäischen Länder für die anstehenden Herausforderungen zu rüsten. Damit würde der Blick weg von den Nettozahlungen und hin auf den Nutzen gerichtet – und der Zusammenhalt der EU könnte gefestigt werden.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky;
Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström;
Ph.D.; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;
Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;
Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter